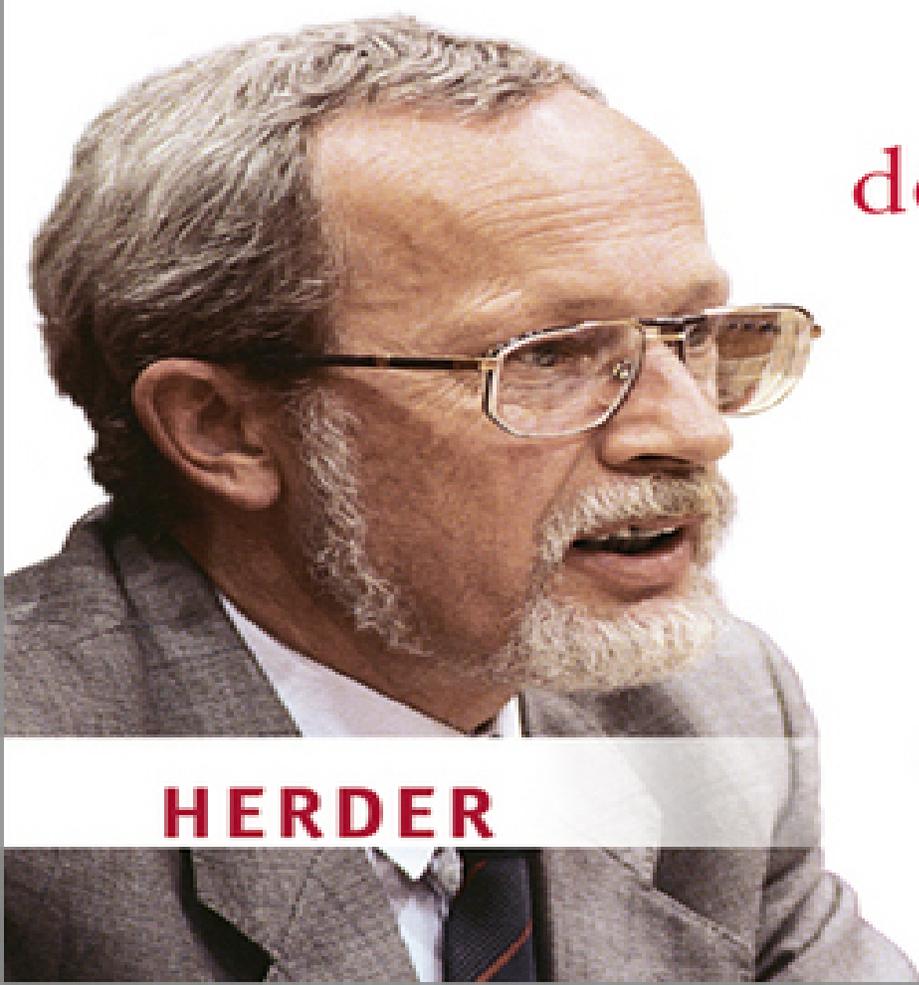


LOTHAR DE MAIZIÈRE

Ich will, dass
meine Kinder
nicht mehr
lügen müssen

Meine
Geschichte
der deutschen
Einheit



HERDER

LOTHAR DE MAIZIÈRE

Ich will, dass
meine Kinder
nicht mehr
lügen müssen

Meine
Geschichte
der deutschen
Einheit



HERDER

Lothar de Maizière

Ich will, dass meine Kinder nicht mehr lügen müssen

Meine Geschichte der deutschen Einheit

Unter Mitarbeit von Volker Resing



© Verlag Herder GmbH, Freiburg im Breisgau 2010
Alle Rechte vorbehalten
www.herder.de

Datenkonvertierung eBook: le-tex publishing services GmbH, Leipzig

ISBN (E-Book) 978-3-451-33609-6
ISBN (Buch) 978-3-451-30355-5

*Für Marianne
und alle, die mich ermutigt haben,
dies Buch zu schreiben*

Vorwort von Michail Gorbatschow

IN DEUTSCHLAND UND in Russland ist Lothar de Maizière als eine hochkultivierte und reich begabte Persönlichkeit gut bekannt. Seinem Lebenslauf nach zu urteilen hat er sich nicht extra auf die Teilnahme an der „großen Politik“ vorbereitet. Doch als es das Leben von ihm verlangte, den Posten des Regierungschefs der DDR zu übernehmen, hat er sich voll und ganz dieser Arbeit gewidmet, angetrieben von bürgerlicher Verantwortung und aufrichtigem Streben nach der Wiedervereinigung Deutschlands.

Nach dem feierlichen Staatsakt im Herbst 1990 begann der komplizierte Prozess des Zusammenwachsens von zwei Teilen Deutschlands, die weit auseinandergetrieben worden waren. Lothar de Maizières sachliche und objektive Bewertung der Vergangenheit und Gegenwart hilft, Wege zur Lösung von auftretenden Problemen zu finden, die so wenig schmerzlich und so gerecht wie möglich sind.

Im Verlaufe der letzten Jahre hatte ich das Glück, im Lenkungsausschuss des deutsch-russischen Forums *Petersburger Dialog*, wo wir beide Kovorsitzende waren, Hand in Hand mit Lothar de Maizière zu arbeiten. Die Aufgabe dieser gesellschaftlichen Organisation, die vom deutschen Bundeskanzler und vom russischen Präsidenten ins Leben gerufen wurde, ist es, die Annäherung von unseren Staaten auf dem Niveau der einfachen Menschen und deren Familien, der einzelnen Städte und Bürgergesellschaften zu fördern.

Mit Freude stellte ich fest, dass de Maizière ebenso wie ich von der absoluten Notwendigkeit und Fruchtbarkeit der guten Zusammenarbeit zwischen Russland und Deutschland nicht nur für unsere Länder, sondern auch für Europa und die ganze Welt überzeugt ist. Sein Beitrag zur Vertiefung und Verbesserung der Beziehungen zwischen Deutschen und Russen ist unschätzbar.

Auch seine menschlichen Qualitäten möchte ich hier nicht unerwähnt lassen. Lothar de Maizière ist eine in höchstem Maße moralische und anständige Persönlichkeit. Er ist ein feinfühlig und rücksichtsvoller Mensch, und dennoch handelt er unbeirrt und entschlossen, wenn es notwendig ist. Und immer handelt er prinzipienfest.

Ich bin froh, Lothar de Maizière meinen Freund nennen zu dürfen. Ich freue mich über sein Buch, das diese Zeit noch einmal lebendig werden lässt. Es ist dringend nötig, auch die Sicht von Lothar de Maizière auf die Ereignisse von 1989/90 zur Kenntnis zu nehmen, um ein umfassendes Bild von der Geschichte zu erhalten und daraus Rückschlüsse für die Zukunft zu ziehen.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'J. Maizière', written in a cursive style.

Wie ich Politiker wurde

ICH WAR KEIN Politiker, und vielleicht bin ich es auch nie ganz geworden. In der Nacht vom 9. auf den 10. November 1989 saß ich in meiner damaligen Wohnung in der Nähe des Treptower Parks in Ostberlin vor dem Fernseher und sah, wie die Menschen von Ost nach West strömten und jubelten. Unvorstellbar: Die Mauer war gefallen. Weltgeschichte vor der Haustür. Und ich sollte am nächsten Morgen um 10 Uhr zum neuen CDU-Vorsitzenden der DDR gewählt werden. Erst ein paar Tage zuvor hatte ich meine Zusage gegeben. Jetzt befielen mich wieder Zweifel. War das die richtige Entscheidung? Der richtige Zeitpunkt? War das mein Weg? Erst Musiker und Anwalt, dann Politiker? Vor über 30 Jahren als 16-Jähriger war ich in die Blockpartei eingetreten, sicher auch aus Opportunismus, um den Fängen der SED zu entgehen. Was mich anzog war, dass es eine Partei mit dem christlichen „C“ überhaupt gab. Doch nie zuvor hatte ich eine Funktion in der Partei gehabt. Meine Welt war die Kirche geworden, als Vizepräsident der Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen der DDR bewegte ich mich in einem teils kritischen, teils distanzierten Umfeld zum System und verstand mich doch eher als Teil der Opposition. In dieser Nacht, als alle feierten, ging mir das alles noch einmal durch den Kopf.

Am Abend des 9. November 1989 war ich in der Französischen Friedrichstadt-Kirche am Gendarmenmarkt. Dorthin hatte die evangelische Kirche eingeladen. Zu

dieser durchaus ungewöhnlichen Veranstaltung, einer Art Vorläufer des Runden Tisches, waren erstmals sowohl Vertreter der alten Parteien gekommen, verächtlich auch Blockparteien genannt, als auch Vertreter aller neuen Gruppierungen, darunter Demokratie jetzt, Initiative Frieden und Menschenrechte, Demokratischer Aufbruch, Grüne Liga und auch Vertreter der am 7. Oktober 1989 neu gegründeten SDP, wie sich die Sozialdemokratie damals noch nannte. Diesem für die DDR völlig neuen Zusammentreffen vorausgegangen war die mächtige Demonstration am 4. November 1989 - die auf dem Berliner Alexanderplatz -, wo Vertreter der verschiedensten Richtungen sich mit dem problematischen Zustand der DDR auseinandersetzten. Auch ich habe dort mit Kollegen gestanden und war überwältigt von der Stimmung. Danach war nichts mehr wie vorher.

Die Tagung in der Französischen Friedrichstadt-Kirche stand unter dem Motto „Wie weiter in diesem Land?“. Anwesend war auch Konsistorialpräsident Manfred Stolpe. Er gehört sicher zu meinen wichtigsten Vertrauten auf dem öffentlichen Parkett der DDR. Ohne ihn hätte mein Weg in die Politik ganz anders ausgesehen. Ich kenne ihn seit Mitte der Siebzigerjahre. Schon bald, nachdem ich am 1. Mai 1976 als Anwalt zugelassen worden war, kam ich mit ihm in Kontakt, und er fragte mich, ob ich bereit sei, christliche Bürger, die sich Hilfe suchend an ihn bzw. an andere kirchliche Vertreter wenden würden, in rechtlichen Belangen zu vertreten. Ich entsinne mich, dass wir uns beide von Anfang an gut verstanden, dass die Chemie stimmte. Die uns beiden eigene Art, schnörkellos zu denken und zu argumentieren, nicht lange um eine Sache herumzureden, sondern schnell auf den Punkt zu kommen, hat uns, glaube ich, in besonderer Weise verbunden. Wir

hatten beide ein besonderes Vergnügen daran, nicht nur strategische Ziele zu benennen, sondern auch eine Taktik zu ersinnen, wie diese am besten zu erreichen sind. Wir wussten halt, wie man in der DDR, wenn man durch die Vordertür nicht hineinkam, durch die Hintertür dennoch zum Ziel kam. Und in welchem Ministerium der DDR es die meisten Hintertüren gab, das wussten wir beide auch.

Moderiert wurde die Veranstaltung vom Superintendenten des Kirchenkreises Pankow-Weißensee Werner Kretschel, mit dem ich seit Jahren freundschaftlich verbunden bin. Die Kirche war voll besetzt, und es herrschte eine - man kann fast sagen - angeheizte Stimmung. Ja, man konnte es mit den Händen greifen, dass alle dachten, so kann es in diesem Land nicht weitergehen. Aber wie es weitergehen sollte, war allen noch ziemlich unklar. Die Französische Friedrichstadt-Kirche - von den Berlinern kurz Französischer Dom genannt - hat eine bekannt schlechte Akustik, so dass man nur dann verstanden wird, wenn man von der Kanzel spricht. Viele der Redner hatten, so auch ich, erhebliche Probleme auf eine Kanzel zu steigen. Zumindest waren politische Reden von der Kanzel für uns etwas relativ Neues.

Der Vertreter der SED, die sich damals noch nicht umbenannt hatte, scheute sich davor wie der Teufel vor dem Weihwasser. Ich war gebeten worden, dort erstmalig für die CDU zu sprechen. Gerald Götting, der langjährige Vorsitzende der ostdeutschen CDU, war am 2. November zurückgetreten oder besser gesagt, „zurückgetreten worden“. Für den 10. November war eine Sitzung des Hauptvorstandes einberufen worden, auf der ein neuer Vorsitzender der ostdeutschen CDU gewählt werden sollte. Ich war nun einer der Kandidaten, und insofern war es

wohl folgerichtig, dass man mich bat, dort für die CDU zu sprechen.



Am 9. November 1989 in der Französischen Friedrichstadt-Kirche

Die Redezeit war auf maximal fünf Minuten begrenzt, so dass ich mir sehr genau überlegte, welche Anliegen ich rüberbringen wollte. Zwei Gedanken waren es, die mir in besonderer Weise wichtig waren. Zum einen wollte ich deutlich machen, dass auch die CDU einen maßgeblichen Beitrag bei der Reformierung des Landes leisten will. Dabei will die CDU die Forderung aufnehmen, so formulierte ich, die Wochen zuvor auf der Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen vom 15. bis 19. September 1989 in Eisenach aufgestellt worden waren. Diese Anbindung an die Kirchen schien mir für die CDU Glaubwürdigkeit zu

garantieren. Zum anderen wollte ich klarmachen, dass die CDU diesen Beitrag nur dann leisten kann, wenn sie sich aus der babylonischen Gefangenschaft, das heißt der Umklammerung durch die SED, befreit. Mit diesen zwei Punkten, Bindung an kirchliche Positionen und Loslösung aus dem Block, habe ich schon zu diesem frühen Zeitpunkt klargestellt, auf welcher Seite die CDU meiner Ansicht nach fortan kämpfen müsse. Es ist ein besonderer Schnitt, der der CDU, anders als anderen Blockparteien, gelungen ist und der für den weiteren Verlauf entscheidend sein wird.

Ich habe bei meiner Rede im Französischen Dom, eigentlich meiner ersten im engeren Sinne politischen Rede überhaupt, zurückgegriffen auf die Thesen der Barmer Erklärung, auf die Thesen, die die Bekennende Kirche 1934 bei ihrer konstituierenden Synode in Barmen-Elberfeld aufgestellt hatte. Hier insbesondere auf die zweite These der Barmer Erklärung, in der es heißt: „Wir verwerfen die falsche Lehre, als gebe es Bereiche unseres Lebens, in denen wir nicht Jesus Christus, sondern anderen Herren zu eigen wären, Bereiche, in denen wir nicht der Rechtfertigung und Heiligung durch ihn bedürften.“

In den sechs Thesen der Barmer Erklärung werden – jeweils gestützt auf ein Bibelzitat – positive Forderungen an die evangelische Kirche und an die evangelischen Christen gestellt, und diese werden jeweils kommentiert mit einer Verwerfungsklausel. Und gerade diese Verwerfungsklausel der zweiten Barmer These, dass wir eben nicht anderen Herren zu eigen wären, schien mir wichtig zu sein. Ob ich in der aufgeregten Atmosphäre mit diesen Ausführungen die Zuhörer erreicht habe, ist mir noch heute nicht gewiss. Sie waren aber für mich und mein Selbstverständnis, auch im Hinblick auf die Tatsache, dass am nächsten Tag

möglicherweise ich zum neuen Vorsitzenden der ostdeutschen CDU gewählt werden würde, besonders wichtig. Viele mir bekannte Gesichter waren in der Kirche anwesend, die ich aus der kirchlichen Arbeit kannte. Ich erinnere mich unter anderem an Rainer Eppelmann, aber auch an Gerd Poppe von der Initiative Frieden und Menschenrechte. Im Ganzen herrschte aber weniger eine Aufbruchsstimmung als vielmehr eine ziemliche Bedrückung über die wahrgenommene Realität.

In diese Veranstaltung hinein kam ein junger Mann und verkündete, dass die Mauer offen sei. Zunächst herrschte ungläubiges Staunen. Doch er beteuerte, dass er dies aus dem Fernsehen oder aus dem Rundfunk erfahren habe und dass er davon ausgehe, dass die Mauer tatsächlich geöffnet ist. Zunächst herrschte ziemliche Unruhe und ich dachte, nun würden alle die Kirche verlassen. Werner Kretschel ermahnte jedoch alle Anwesenden zu bleiben. Zwei von den neuen Gruppen hätten noch nicht die Möglichkeit gehabt zu sprechen, deshalb wäre es unfair, jetzt zu gehen. Wir sollten uns noch die Zukunftsvorstellungen dieser beiden bisher nicht angehörten Gruppen anhören. Und so geschah es. Es mag aus heutiger Sicht merkwürdig erscheinen, aber es entsprach der hohen Disziplin, die die Menschen seinerzeit an den Tag legten. Nach dem Motto: Wir bringen diese Veranstaltung in der gewohnten, auch im kirchlichen Rahmen üblichen Ordnung zu Ende und werden dann weitersehen.

Nach dem Ende der Veranstaltung ging ich nicht wie alle anderen zur Mauer, sondern begab mich nach Hause. Die Rede, die ich für den Folgetag schon vorbereitet hatte, war nun überholt, die Realität war schneller. Ich musste mir etwas Neues einfallen lassen. Im Fernsehen sah ich dann die jubelnden Menschen, die über die Bornholmer Brücke

strömten, die Trabbis, die dort fahren und von den Westberlinern euphorisch begrüßt wurden. Ich gestehe, dass ich ein ambivalentes Gefühl hatte. Einerseits unendliche Freude, dass dieser Albtraum Mauer nach 28 Jahren vorbei war, und zum anderen die Befürchtung, dass doch noch das Chaos ausbrechen könnte, dass die politische Führung versuchen würde, diesen Vorgang rückgängig zu machen, dass Moskau sich anders äußern würde, als zu hoffen war. Dennoch war mir klar, dass eine neue Zeitrechnung beginnt, dass es zu Veränderungen kommen würde, wie wir sie in Jahren oder Jahrzehnten nicht erlebt hatten. Umso mehr befielen mich Zweifel, ob es richtig sei, mich am Folgetag der Wahl zum Parteivorsitzenden der ostdeutschen CDU zu stellen. Doch ein Zurückweichen konnte es nicht mehr geben, so sagte ich mir. Inzwischen hatte ich schon zu viele Rückmeldungen aus einzelnen Orts- und Kreisverbänden der CDU bekommen, die ihre Hoffnungen auf eine Erneuerung der Partei und eine Rückbesinnung auf ihre ursprünglichen Werte setzten.

Zu dem Zeitpunkt war ich im normalen Leben Anwalt, verteidigte viele Oppositionelle und viele so genannte Republikflüchtlinge. Und doch kam ich nicht heraus aus den Zwängen des SED-Staates mit seinen Sonderregeln, war natürlich auch Teil des Justizbetriebs mit seinen Willkürakten und nicht rechtstaatlichen Vorgehensweisen. Ich hatte in meiner Anwaltstätigkeit regelmäßig mit der Staatssicherheit zu tun. Inoffizieller Mitarbeiter war ich nie, auch wenn die Stasi mich möglicherweise unter dem Decknamen „Czerni“ geführt haben sollte. Mit meiner späteren politischen Tätigkeit verband sich bei meinen Kritikern das große ideologische Missverständnis, man könnte mir anhand von Blockpartei und Stasi-Aktenfunden

eine irgendwie geartete geistige oder praktische Kollaboration mit dem System nachweisen. Es gab einige Anhänger dieser Sichtweise und manche hängen ihr auch heute, 20 Jahre nach Mauerfall und Wiedervereinigung, noch an. Alles das ahnte ich in jener Nacht vom 9. auf den 10. November 1989 vielleicht tief im Unterbewusstsein, aber ich wusste es natürlich nicht, als ich entschied, in das politische Geschäft einzusteigen.

CDU-Vorsitz, was bedeutete das? Was war die CDU, außer einer Marionette? Wie war die Ausgangslage? Darüber machte ich mir in dieser Nacht Gedanken. Zunächst war für die neu entstandene DDR-Opposition Ende 1989 natürlich die klare Abgrenzung zu den Blockparteien wichtig. Aus ihrer Sicht mussten die Mitläufer im System die Feinde der Revolution sein. Merkwürdigerweise waren dann die inhaltlichen Ziele der Revolutionäre bisweilen „sozialistischer“ und ähnelten dem ideologischen Fundus des bekämpften Regimes mehr, als sie vielleicht meinten. Dann gab es bei einigen Westdeutschen den Wunsch, nicht den Fehler der 50er Jahre zu wiederholen und Täter laufen zu lassen bzw. große Teile der alten Nomenklatur in die demokratische Gesellschaft zu übernehmen. Das konnte ich noch nicht ahnen. Auch die Strategie einer sich wandelnden SED konnte ich nicht voraussehen. Es bildete sich Ende 1989/Anfang 1990 bei der neuen PDS der Wunsch heraus, die Aufarbeitung der Diktatur zu kanalisieren, deswegen schien die Konzentration auf die Stasi sinnvoll, da diese Debatte bis heute ablenkt von der SED selbst. Die DDR war eine Parteidiktatur, die Stasi war da nur Helfer. Und schließlich gab es natürlich bei den „siegreichen“ Anti-Kommunisten im Westen den Wunsch, endlich Köpfe rollen zu sehen. Der Sieg der Freiheit sollte kein

Durchwurschteln derer erlauben, die nicht für die Freiheit gekämpft hatten. Hätte ich es gewusst, hätte ich vielleicht noch vorsichtiger agiert. Ich hatte also, bedingt durch meine Ausgangslage, durchaus an mehreren Fronten mit Gegnern zu tun, bisweilen ohne es zu wissen.

In dieser Nacht des 9. November 1989, als die Mauer fiel, war das alles so noch nicht klar zu sehen. Dennoch grübelte ich darüber nach, was auf mich zukommen würde. Ich war Vizevorsitzender des Berliner Anwaltskollegiums, also doch mit einer gewissen Führungsposition in dem wenig geliebten DDR-Gemeinwesen versehen. Was sollte meine Rolle jetzt sein in dieser Umbruchsituation, in der ja noch nichts klar war? Es war nicht klar, dass die DDR am Ende sein würde, auch nicht, dass die SED ihren Führungsanspruch aufgeben würde, schon gar nicht war klar, dass die gerade begonnene Revolution erfolgreich sein und unblutig weitergehen würde. Der ökonomische und auch ökologische Abgrund, vor dem die DDR stand, war keineswegs allgemein bekannt. Noch standen die Soldaten der Weltmacht Sowjetunion, deren Zerfall noch keineswegs absehbar war, in der DDR, noch war alles offen. Ich wusste in dieser Nacht, dass der Veränderungsprozess in der DDR unumkehrbar sein würde. Was ich nicht wusste war, dass sich in dieser Nacht die Welt veränderte, der Kalte Krieg vorbei sein und eine neue Weltordnung sich herausbilden würde.

Es war weit nach Mitternacht. Das Fernsehen sendete Sondersendungen. Natürlich war nicht absehbar oder auch nur denkbar, dass ausgerechnet die Spitze der Ost-CDU die günstigste Machtperspektive für die Umgestaltung und Demokratisierung der DDR und die Schaffung der Deutschen Einheit bieten würde. Die Vorstellungen von einem veränderten Sozialismus, die viele der Menschen in

den neuen Gruppen im Kopf hatten, lagen mir eher fern. Und er lag auch einer Mehrheit der DDR-Bürger fern. Das dämmerte mir damals schon. Ich kannte einige Bürgerrechtler aus den Prozessen, in denen ich Oppositionelle verteidigt hatte, ich kannte ihren blühenden Idealismus. Was genau aber in der wackeligen Situation, in der sich das DDR-Regime Ende 1989 befand, zu erreichen sein würde, war noch nicht entschieden. Ungewissheit war die Stimmung der Stunde.

„Ich will, dass meine Kinder in der Schule nicht mehr lügen müssen.“ Das hatte ich zu Bischof Gottfried Forck gesagt, als ich ihm ein paar Tage zuvor um Rat gefragt hatte. Dass es keine zwei Wahrheiten mehr gibt, eine für zuhause und eine für draußen. Forck kannte mich gut und lange. Ihm konnte ich mich anvertrauen. Wir hatten ausführlich darüber gesprochen, ob es gehe, dass ich den CDU-Vorsitz übernehme, ob es klug sei, dies zu tun. Und welche Erfolgsaussichten es gebe, Partei und Staat zu verändern. Forck fragte auch, ob ich, wenn „die Verkrustungen wieder zuwüchsen“ – ich erinnere mich genau an seine Formulierung –, wohl in meinen Anwaltsberuf zurückkehren könne. Er war auch ein praktisch denkender Seelsorger und fragte nach dem Verdienst im CDU-Vorsitz. Er wollte testen, ob ich finanzielle Interessen hätte. Doch darum ging es natürlich nicht. In der Summe sprachen viele politische Gründe dagegen, das Amt anzunehmen. Als ich dann das mit den Kindern und dem Lügen gesagt hatte, schaute mein Bischof mich überrascht an. „Wenn Sie die Hoffnung haben, dass dies gelingen kann, dann haben Sie keine andere Wahl und müssen es machen.“

Es gab einen zweiten, den ich um Rat fragte. Es war mein Freund Gregor Gysi. Er war mein juristischer Kollege, SED-

Mitglied, Vorsitzender des Rechtsanwaltskollegiums und mein Freund. Ich war sein Stellvertreter. Es war das erste Mal, dass ein CDU-Mann so eine Funktion innehatte. Um zu gewährleisten, dass bei Abwesenheit von Gysi auch ein SED-Mann zur Verfügung stand, musste deswegen ein zweiter Stellvertreter-Posten geschaffen werden.

In der Debatte um die Blockparteien wird heute 20 Jahre danach vieles schief betrachtet. Natürlich war die CDU keine Oppositionsgruppe, sie hat in der DDR mitgemacht. Und doch hatte sie in der Parteidiktatur des Arbeiter- und Bauernstaates nie wirklich Macht. Auch wenn sich die Posten noch so wichtig anhörten. Selbst CDU-Minister wussten meist weniger als ihre eigenen SED-Staatssekretäre. Es war in der Regel eine organisierte Staffage. Auch das ist eine Wahrheit. Aber vielleicht ist viel wichtiger zu erkennen, dass im Sozialismus nicht nur Kumpanei und Korruption existierten, sondern ebenso Freundschaft und Respekt. Auch zwischen SED-Mitgliedern und anderen Menschen. Wer die DDR verstehen will, muss das begreifen. Meine gute Beziehung zu Gregor Gysi gehört also sicher ganz wesentlich zu meiner Geschichte als Politiker. Und wer daraus schon ableitet, dass ich sicher Stasi-Spitzel gewesen sei, der verweigert sich der sachlichen Betrachtung von historischen und persönlichen Vorgängen. Und wie beides zusammenhängt. Für die Revolution war das Freund-Feind-Denken wichtig, ein Glücksfall ist es immer, wenn man auf der Gegenseite auch jemanden hat, mit dem man reden kann. Auch das gehört dazu, damit eine Revolution friedlich bleibt. Und es ist nie selbstverständlich, dass kein Blut fließt, wenn die Nomenklatura ihre Macht abgeben soll.

Alles das konnte ich natürlich nicht wissen, als ich Gregor Gysi fragte, ob ich denn gegebenenfalls in die

Anwaltstätigkeit zurück könnte nach einer Tätigkeit als CDU-Vorsitzender. Was er mir denn überhaupt raten würde? Er machte mir Mut und riet mir dazu, das Parteiamt zu übernehmen. Dann wisse er wenigstens, dass dort jemand sitze, mit dem man sprechen könne. Wir haben uns dann in den kommenden Wochen und Monaten auch politisch hart bekämpft. Sicher hatte er Anfang November 1989 noch nicht geahnt, wie schnell auch er an die Spitze seiner Partei kommen würde. Aber im Dezember rief er mich an und fragte, ob er PDS-Vorsitzender werden solle. Auch ich empfahl ihm, das Amt anzunehmen.

Vor Jahren schrieb Gregor Gysi in einem Buch, mir sei es offensichtlich noch weniger gelungen, meinen Parteifreunden klarzumachen als ihm den seinen, warum wir miteinander befreundet seien. Doch muss man es überhaupt erklären, ist man anderen gegenüber rechenschaftspflichtig darüber, wem man sich als Freund verbunden fühlt? Ich denke, nein. Gregor und ich lernten uns 1975 kennen. Er war schon sehr jung - ich glaube mit 23 Jahren - Anwalt geworden, ich kam erst im Alter von 35 Jahren in diesen Beruf, nachdem ich zuvor meinen Musikerberuf aufgegeben hatte. Wir fanden einander sympathisch, aber zunächst war unser Verhältnis mehr ein Konkurrenzverhältnis. Er, der Jüngere, war schon ein erfolgreicher Anwalt, ich wollte erst ein solcher werden. Er galt als juristischer Überflieger, musste allerdings zur Kenntnis nehmen, dass mir wegen guter Leistungen das ansonsten ein Jahr dauernde Assistenzjahr verkürzt und ich vorzeitig zum Anwalt zugelassen wurde.

Wenn wir - was nicht ausbleiben konnte - Gegner waren, versuchten wir mitunter weit über das notwendige Maß hinaus, die Interessen unserer Mandanten zu vertreten. Es gab Kollegen, die meinten, man könne für unsere

Verhandlungen Eintrittskarten verkaufen. Diese Konkurrenz, die zwar nie ganz endete, machte dann einem ruhigeren freundschaftlichen Nebeneinander Platz. Wir haben viele gute Gespräche geführt und waren dankbar, dass sich diese nicht nur auf unseren Beruf bezogen. Gregor war neben dem Beruflichen an literarischen Fragen interessiert, an gesellschaftlichen und letztendlich auch an politischen. Er respektierte an mir meine Liebe zur Musik und letztlich wohl auch, dass ich bemüht war, mein Christsein ganz bewusst zu leben und nicht der allgemeinen Ideologie zu folgen. Im Laufe der Jahre haben wir auch mehrere sehr große und komplizierte Verfahren miteinander als Verteidiger bearbeitet. Dabei kamen uns unsere wechselseitigen Begabungen zugute. Er war mit Sicherheit derjenige, der am Ende des Verfahrens besser plädieren konnte. Dass unsere gemeinsame Arbeit für unsere Mandanten nützlich war, lag auch daran, dass ich in aller Regel die bessere Aktenkenntnis hatte. Im Jahre 1982 verbrachten wir zusammen eine Woche Winterurlaub auf meinem damaligen Wochenendgrundstück und haben uns in dieser Woche fast ausschließlich gestritten über weltanschauliche Fragen und insbesondere über politische Fragen. Ich weiß noch, dass ich wutentbrannt sagte: „Deine Partei und dieser Staat werden noch mal an ihrer Kulturlosigkeit verrecken.“ Was ihn zu der Antwort veranlasste: „Das sagen nur solche Leute wie Du, Du bist ja ein bourgeoises Fossil.“ Das musste ausgerechnet er sagen, der aus einer jüdisch-intellektuellen bürgerlichen Familie stammt. Wenn auch von unterschiedlichen Werten aus, haben wir uns an den Unzulänglichkeiten des uns umgebenden Regimes gerieben. Wir kämpften für die Einführung einer Verwaltungsgerichtsbarkeit in der DDR, oder stritten dafür, dass das Steuersystem reformiert

werden sollte. Letztlich haben wir zusammen einige Zeit das Berliner Anwaltskollegium geleitet. Er war für die Außenvertretung zuständig. Ihm gelang es, durch seine guten Beziehungen den Einfluss von Staat und Partei auf die anwaltliche Tätigkeit weitgehend abzuwehren und so die Unabhängigkeit des Berufsstandes zu verteidigen. Ich hingegen war für die ökonomische und arbeitsorganisatorische Seite des Kollegiums der Rechtsanwälte in Berlin verantwortlich.

Ich glaube, diese Arbeitsteilung war für unsere Kollegen durchaus vorteilhaft. Im Herbst 1989 haben wir noch gemeinsam ein Reisegesetz entworfen. Unser Entwurf ging im Übrigen noch über das hinaus, was Schabowski am 9. November 1989 verkünden sollte. Doch ein Reisegesetz konnte dann glücklicherweise gar nicht mehr umgesetzt werden, da die DDR über Nacht durch die Öffnung der Mauer schlicht die Autorität über die Grenze verloren hatte. Als wir uns beide ermutigten, jeweils in unseren Parteien aktiv zu werden, waren wir uns einig, dass wir nun unsere politischen Unterschiede wohl würden austragen müssen. Aber wir versprachen uns in die Hand, dies nicht persönlich zu tun, sondern jeweils an der Sache orientiert. Wir sind beide noch heute stolz, dass uns dies gelungen ist.

Am 2. März 1990, mitten im Wahlkampf, wurde ich 50 Jahre alt, und ich hatte angesichts dieser Situation nicht die Größe, Gregor zu meinem Geburtstag einzuladen, so wie ich es in all den Vorjahren getan hatte. Gregor schrieb mir damals - und ich weiß, wie lästig ihm dies ist - einen handschriftlichen Brief, in dem er sinngemäß ausführte, dass die ganze Politik es nicht wert sei, ihretwegen unsere Freundschaft aufs Spiel zu setzen. Dann wäre es schon besser, wir beide gäben die Politik auf. Ich weiß, dass Gregor mir inzwischen diesen Kleinmut verziehen hat, wie

ich ihm das Wort vom „bourgeois Fossil“. Als ich vor einigen Jahren einen runden Geburtstag hatte, hielt er eine kleine Rede und sagte sinngemäß, er könne sich zwar nicht daran erinnern, mich „bourgeois Fossil“ genannt zu haben, sei aber dankbar dafür, dass im Jahr 1990 nach der ersten freien Volkskammerwahl noch so ein „bourgeois Fossil“ in der DDR herumgestanden hätte und in die Pflicht gegangen wäre. Unsere beiderseitigen Entwicklungen in der Politik haben wir nie ganz verstanden. Er mag mir das Konservative nicht ganz abnehmen, während ich manchmal Zweifel daran habe, dass die von ihm so vehement vorgetragenen linken Positionen aus der Tiefe seines Herzens stammen. Wir sehen uns heute viel zu selten, doch wenn wir uns treffen, ist der Gesprächsfaden ohne Schwierigkeiten wieder aufgenommen. Wir sind beide davon überzeugt, dass – wenn es der Ernstfall erforderte – wir uns aufeinander verlassen könnten.



7. Mai 1990: In wenigen Minuten beginnt das Wahlstudio im Palast der Republik zu den Kommunalwahlen in der DDR am 6. Mai. Gregor Gysi und Lothar de Maizière kurz vor der Veranstaltung.

BArch, Bild 183-1990-0507-310 / Bernd Settnik

In der Nacht des Mauerfalls blieb ich dann auch bei meiner Entscheidung und schrieb meine Rede neu. Ich hatte das Gefühl, die CDU der DDR müsse jetzt aus ihrem Dornröschenschlaf aufwachen, sich zu ihrer politischen Schuld in der Diktatur bekennen, aber gleichzeitig ihren Beitrag zur Erneuerung des Landes leisten. Mir schien, dass gerade der CDU diese Rolle zuwachsen könnte. Weil sie weder identisch mit der SED war, aber auch nicht zur Opposition zählte, könnte sie die vermittelnde Rolle spielen mit dem Ziel, die Demokratie zu erreichen, ohne dass zuvor Chaos ausbrechen und die Revolution noch scheitern würde. Das war meine feste Überzeugung, danach habe ich gehandelt. Am 10. November wachte die noch geteilte Nation auf und wusste nicht, was los war. Natürlich ging es mir auch so. Und doch übernahm ich den Vorsitz der DDR-CDU mit dem guten Gefühl, es müsse sich eben doch etwas bewegen lassen. Das erste Missverständnis aber, das an diesem Tag geboren wurde, war, dass ich ein Mann der Blockpartei sei. Es gehörte zu den wichtigsten Zielen der ersten Wochen, die Partei aus dem Block herauszuführen.

Mit diesem Tag, dem 10. November, begann meine aktive politische Zeit. Sie sollte gut ein Jahr dauern. Nicht mehr, aber auch nicht weniger. Ein Jahr für die Geschichtsbücher. Es war auch ein Jahr der Missverständnisse. In der Zeit war ich Regierungschef der demokratischen „Deutschen Demokratischen Republik“, ich war vorher Mitglied im Kabinett der Übergangsregierung des

Übergangssozialisten Hans Modrow, und ich war nachher Mitglied im Kabinett von Bundeskanzler Helmut Kohl. Es war die DDR, die unter meiner Führung der Bundesrepublik beitrug und damit ihre eigene Staatlichkeit aufgab und die Einheit Deutschlands ermöglichte. Es war die letzte demokratisch gewählte DDR-Regierung, die den Warschauer Pakt gemeinsam mit den neuen demokratisch gewordenen Partnern auflöste und den Zwei-plus-Vier-Vertrag unterschrieb und damit den Kalten Krieg beendete. Eine andere Regierung hätte auch anderes entscheiden können. Die Bürger der DDR haben in freien Wahlen sich für die Demokratie, die soziale Marktwirtschaft und die Deutsche Einheit entschieden. Das ist nicht in Bonn geregelt worden. Die DDR hat deutsche Geschichte geschrieben, nicht nur 1989 in den Demonstrationen, auch 1990 in einer entstehenden Demokratie. Damit es so kommt, bin ich in die Politik gegangen.

Bis zum Mauerfall: Das lange Ende der DDR

IMMER WIEDER WIRD die Frage gestellt, wann denn wohl der Beginn der friedlichen Revolution in der DDR war. Dies lässt sich nicht mit Sicherheit beantworten. Vielmehr muss man versuchen, dies einzuordnen in die Geschichte der DDR, in der es immer wieder Zeiten gab, in denen die Kritik und die Auflehnung gegen das System heftiger waren als in anderen Phasen. Vom 9. bis zum 12. Juli 1952 fand in Berlin die 2. SED-Parteikonferenz statt, auf der beschlossen wurde, in der DDR den Sozialismus zu errichten. Dazu sei es notwendig, so führte man aus, das Prinzip des demokratischen Zentralismus im Lande durchzusetzen. Dieses Prinzip beinhaltete, dass alle Entscheidungsfunktionen in einem einzigen Machtzentrum, dem Politbüro des Zentralkomitees der SED, zusammengefasst wurden und alle nachgeordneten Einrichtungen zu reinen Befehlsempfängern degradiert wurden.

Eine willfährige Volkskammer beschloss bereits am 23. Juli 1952 ein Gesetz mit dem Titel „Gesetz über die weitere Demokratisierung des Aufbaus und der Arbeitsweise der staatlichen Organe in den Ländern in der Deutschen Demokratischen Republik“. Mit diesem Gesetz wurde die Länderstruktur in der DDR – so wie sie in der Nachkriegsordnung entstanden war und so wie sie in der Verfassung vom 7. Oktober 1949 festgeschrieben war – aufgelöst, und das Land wurde in 15 Verwaltungsbezirke

eingeteilt. Gleichzeitig wurde die auf den Stein-Hardenbergschen Reformen beruhende kommunale Selbstverwaltung zerschlagen und die Kommunen ebenfalls zu Befehlsempfängern degradiert.

Diese 2. SED-Parteikonferenz und die daran anschließenden Restriktionen bis hin zu eklatanten Normerhöhungen führten dazu, dass das SED-Regime in inhaltliche Kritik geriet. Die Führung wurde nach Moskau berufen und zur Mäßigung ermahnt, dennoch kam es zu den Normerhöhungen, die dann zu dem Volksaufstand vom 17. Juni 1953 führten. Was zunächst wie ein reiner Tarifstreik aussah, wuchs sich aus zu einem Widerstand des gesamten Volkes. Erstmals wurden Forderungen nach freien Wahlen und nach der Herstellung der Einheit Deutschlands erhoben. Wir wissen, wie dies endete. Über Jahrzehnte hinweg wurde dieser mutige Volksaufstand, der vielen Menschen das Leben und die Freiheit kostete, als Konterrevolution bezeichnet, als vom Westen initiiertes Machwerk, der wahre Volkswillen wurde negiert. Ich erinnere mich persönlich, wie ich als Schüler hinter dem Protestzug am 17. Juni mitgelaufen bin, von Treptow bis zum Alexanderplatz. Dort waren die Straßen schon aufgebrochen und die Pflastersteine flogen in Richtung Polizei. Ich hab einfach mitgemacht, doch ich zielte nicht weit genug und traf die eigenen Leute. So richtig politisch war das noch nicht. Schnell haben die Älteren mich nach hinten gedrängt, aus der Gefahrenzone weg, da durfte ich nur noch Steine anreichen. Dann bin ich nach Hause gegangen. Unterwegs im Park Schlesischer Busch, an der Grenze zum westlichen Neukölln, fand ich die Uniform eines Volkspolizisten. Die hatte ein Beamter wohl überstürzt ausgezogen und weggeworfen, bevor er in den Westen floh. Ich nahm sie mit nach Hause zum großen

Ärger meines Vaters. Der hat sie dann nachts im Treptower Park entsorgt. Auch deswegen war ich am 17. Juni 1990 so bewegt, als wir als freie DDR-Regierung erstmalig im Schinkelschen Schauspielhaus am Gendarmenmarkt in Berlin eine Feierstunde anlässlich dieses Tages durchführen konnten. Die Ereignisse des 17. Juni 1953 haben die Menschen in der DDR über Jahre, wenn nicht über Jahrzehnte hinweg tief traumatisiert, zumal sie erleben mussten, wie gleichartige Bestrebungen 1956 in Ungarn oder 1968 in Prag erfolglos blieben. Gerade meine Generation hat 1968 mit besonderer Aufmerksamkeit die Vorgänge in der Tschechoslowakei verfolgt. Wir alle in der DDR, so auch ich, waren mit einer gewissen Kapitalismuskritik groß geworden. Wir glaubten oder hofften, dass es einen dritten Weg geben müsse, zwischen dem ineffektiven, administrativen, planwirtschaftlichen System und einer freien Marktwirtschaft, die, wie wir glaubten, im Westen vorherrschte. Die Ideen des tschechischen Reformers Ota Sik haben uns sehr begeistert und gefangen gehalten. Am Bahnhof Friedrichstraße in Berlin befand sich der Tschechische Pavillon. In dem Notbau wurden Produkte aus der Tschechoslowakischen Republik verkauft, Schallplatten von der Firma Supraphon, Bücher des Prager Artiaverlages und Ähnliches mehr. Ab Frühjahr 1968 erschien jeden Morgen die „Prager Volkszeitung“, eine deutschsprachige Zeitung, in der die Theorien von Ota Sik ausgebreitet wurden. Diese Zeitung konnte dort kostenlos bezogen werden, solange der Vorrat reichte. Jeden Morgen bin ich deswegen zum Bahnhof Friedrichstraße gefahren, um ein Exemplar zu ergattern. Umso entsetzter war ich, als sich die Sache im Sommer 1968 zuspitzte. Ich erinnere mich noch, wie Alexander Dubcek in die Sowjetunion einbestellt wurde und wir alle

fürchteten, dass er nicht zurückkehren würde. Das Ende des Prager Frühlings, der eben nur bis zum Sommer gereicht hatte und der den Namen von einem alljährlich in Prag stattfindenden Musikfestival übernommen hatte, hat uns alle tief betroffen gemacht.

Damals traten sogar SED-Genossen aus der Partei aus, um einen anderen Weg zu suchen. Auch für mich war dieses Ereignis von einschneidender Bedeutung, zumal ich mich gerade neu orientierte. Meinen geliebten Musikerberuf musste ich aus gesundheitlichen Gründen aufgeben. Ich hatte mich entschlossen, der Familientradition folgend, ein Jura-Fernstudium an der Humboldt Universität Berlin zu beginnen. Seit die de Maizières sich in Berlin als verfolgte Hugonotten niedergelassen hatten, waren sie Juristen geworden. Mein Vater, Clemens de Maizière, war dann in der DDR einer der wenigen Anwälte, die nicht in der SED waren, sondern Mitglied der CDU. Den Jura-Studienplatz bekam ich, weil man in der Führung der CDU wollte, dass ich seine Stelle einnehme. Später war ich dann tatsächlich auch, nach dem Tod meines Vaters, der einzige CDU-Anwalt in der Hauptstadt der DDR. In den 70er Jahren gründete sich die Charta 77 in der Tschechoslowakei, und neue Hoffnungen kamen mit dem Entstehen der Solidarnosc in Polen auf. Die Tatsache, dass es einen Zusammenhang gibt zwischen der Wahl von Karol Wojtyła zum Papst und der Entstehung der Solidarnosc-Bewegung, war augenfällig. Die Haltung des Westens bei dieser wie bei allen früheren Freiheitsbewegungen, aber auch bei dem Bau der Berliner Mauer 1961 war die, dass ihnen offensichtlich die Aufrechterhaltung des Status quo wichtiger war als eine wirksame oder zumindest starke moralische Unterstützung dessen, was dort in den östlichen europäischen Ländern

passierte. Die Proteste des Westens gegen Repressalien wurden von uns zunehmend mehr als Lippenbekenntnisse denn als echte Empörung und echte Solidarität mit den Protestierenden verstanden. Vielleicht war es auch diese Haltung des Westens, die uns immer mehr zu der Überzeugung gelangen ließ, dass eine Systemüberwindung nicht möglich sei, sondern dass wir geduldig auf Veränderungen innerhalb des Systems, auf Reformen setzen und hoffen müssten.

Anfang der 80er Jahre hatten ich und mit mir viele andere das Gefühl, dass der Boden zu schwanken anfing, dass das Eis, auf dem wir standen, brüchig wurde, dass es so auf keinen Fall weitergehen könne. Über diese Tatsache waren wir uns alle einig, wussten aber keinen Ausweg. Das Gefühl der Resignation, so wie es sich nach dem Mauerbau 1961 ergeben hatte, wurde wieder übermächtig und führte dazu, dass sich immer mehr Menschen in der DDR innerlich vom Staat verabschiedeten. Mit dem Beginn der 80er Jahre begann auch das Bestreben vieler Menschen, die DDR auf legalem Wege zu verlassen, das heißt diese Menschen stellten Ausreiseanträge, gestützt auf die entsprechende UNO-Konvention vom 1966, der die DDR beigetreten war, deren Forderungen sie aber nie in binnenstaatliches Recht transformiert hatte.

1984 hat die DDR kurz entschlossen rund 20.000 Ausreiseantragsteller aus der Staatsbürgerschaft der DDR entlassen. Das Regime hatte damit wohl offensichtlich die Hoffnung verbunden, dass die Nörgler so verschwinden würden und man nunmehr wieder Ruhe hätte. Das Gegenteil trat ein. Die Tatsache, dass man Menschen entlassen hatte, führte dazu, dass erneut andere solche Anträge stellten. Zeitgleich begannen aber Gruppen von Menschen, die in der DDR bleiben wollten, die dieses Land

verändern wollten, aktiv zu werden. Sie stellten Fragen nach dem Zustand der Wirtschaft, Fragen nach dem Zustand der Umwelt, nach Gerechtigkeit. In den Kirchen wurde diskutiert über das, was man den konziliaren Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung von Gottes Schöpfung genannt hat.

Wir waren es in der DDR gewohnt, nach Moskau zu schauen, wenn wir Fragen an die Zukunft stellten. In Moskau residierte seit ewigen Zeiten Leonid Breschnew. Er wurde abgelöst von Andropow, einem Geheimdienstmann, der aber nur kurz regierte. Ihm folgte Tschernenko, ebenfalls ein Greis, der kaum handlungsfähig wirkte. Umso befreiter waren wir, als bei dem März-Plenum 1985, genau am 11. März 1985, Michail Sergejewitsch Gorbatschow zum Generalsekretär des Zentralkomitees der KPdSU gewählt wurde. Erstmalig war ein „junger“ Mann - ein Mann in den Fünfzigern, ein Mann, den man im Westen schon kannte, der redegewandt, der ideensprühend war - an die Spitze der Bewegung gestellt worden. Seine Worte „Glasnost“ und „Perestroika“ waren für uns reine Zauberworte, versprachen sie doch Transparenz der Gesellschaft und einen Umbau derselben an Haupt und Gliedern. Diesen Worten folgten bald auch Taten, so zum Beispiel, dass der Regimekritiker Sacharow aus der Verbannung zurückkehren durfte, dass 20.000 Sowjetsoldaten aus der DDR abgezogen werden sollten und dass offensichtlich die Pressefreiheit in der Sowjetunion Einzug hielt.

Manches von dem dort Gedruckten konnten wir im „Sputnik“ nachlesen. Der „Sputnik“ war ein kleines Magazin, das aus heutiger Sicht harmlos erscheinen mag. Von den Machthabern in der DDR aber wurde es als bedrohlich angesehen und deshalb verboten, was zu einem